

Fraktion **direkt**

78 | 26. April 2013

Zur Lage

Vertrauen in die Tarifparteien zahlt sich aus Mindestlohn im Friseurhandwerk wichtiges Signal



Foto: Martin Lengemann

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Arbeit darf keine Ware sein. Sie ist vielmehr „Ausdruck der menschlichen Person“. Dies sagt uns nicht zuletzt die katholische Soziallehre. Der Arbeit, so hat der Augsburger Weihbischof Anton Losinger vor einiger Zeit auf einem Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu Recht betont, müsse immer eine besondere Achtung und Würde zukommen.

Arbeit nicht zur Ware degradieren

Für CDU und CSU heißt dies, dass jeder Arbeitnehmer für seine Arbeit angemessen entlohnt werden muss. Ansonsten würde sie tatsächlich zur Ware degradiert. Nun streiten die Parteien seit Jahren, wie dieser Lohn festgesetzt werden soll. Die Opposition will bekanntlich den gesetzlichen Mindestlohn – einen Lohn also, den der Staat bestimmen soll. CDU und CSU vertrauen hingegen den Tarifvertragsparteien. Nach unseren Vorstellungen sollen diese in Zukunft einen tariflichen Mindestlohn aushandeln.

Dass dieser Weg genau der richtige ist, hat sich in dieser Woche erneut erwiesen. Schon in der ersten Verhandlungsrunde einigten sich die Gewerkschaft Verdi und die Landes-

verbände des Friseurhandwerks auf einen Mindestlohn, der bis zum Jahr 2015 in Stufen auf 8,50 Euro ansteigen soll. Auch die nicht tarifgebundenen Betriebe sollen diesen Lohn zahlen müssen, weil die Sozialpartner den Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklären wollen.

„Mit der Tarifautonomie immer gut gefahren“

Dieser Tarifabschluss ist aus zwei Gründen bemerkenswert. Die künftige Lohnhöhe entspricht zum einen exakt dem gesetzlichen Mindestlohn, den die Opposition in ihre Wahlprogramme geschrieben hat. Man braucht ihn also offenbar gar nicht. Zum anderen ist er in einem Wirtschaftsbereich vereinbart worden, der lange Zeit geradezu als Paradebeispiel für unterbezahlte Arbeit galt. Ausgerechnet in einem solchen Wirtschaftsbereich sind die Tarifparteien in der Lage, zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen.

Vertrauen wir also den Tarifparteien. Wer nach gesetzlichen Mindestlöhnen ruft verkennt, dass wir in der Bundesrepublik mit der Tarifautonomie immer gut gefahren sind. Niemand kann bestreiten, dass die Tarifparteien den in der Sozialen Marktwirtschaft notwendigen Ausgleich erreichen. Sie schaffen es offensichtlich, einen gerechten Lohn für die geleistete Arbeit festzulegen, ohne Arbeitsplätze zu gefährden. Und wo die Tarifparteien staatliche Hilfe brauchen, gewährt der Staat sie auch – indem er etwa über das Entsendegesetz beantragte Branchenmindestlöhne festsetzt.

Volker Kauder

Inhalt

Vertrauen in die Tarifparteien zahlt sich aus	1
Eine gesellschaftliche Daueraufgabe	2
Mittelstand: Rückgrat der deutschen Wirtschaft	3
„Ein Parteiverbot löst das Problem nicht“	4
Auf den Lehrer kommt es an	5
Verdichtung der Innenstädte wird erleichtert	5
Debatte um Steuerhinterziehung ist „Schmutzkampagne“	6
Weitere Hilfen für contergangeschädigte Menschen	6
Für eine gerechte und friedliche Welt	7
„Es kommt auf den Inhalt an“	8
„Schnell, günstig und direkt“	9
Neue Faltblätter der Unionsfraktion	9
Letzte Seite	10

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Eine gesellschaftliche Daueraufgabe Koalition bekämpft Rechtsextremismus



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Für Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ist in unserem Land kein Raum. Mit großer Mehrheit hat der Bundestag diese Woche den Koalitionsantrag „Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen“ beschlossen. Die SPD hingegen hat die Debatte auf die Frage nach einem Verbot der NPD verengt. Dies genügt aber nicht. Wir müssen weitergehen und unerträgliches Gedankengut, wie es die NPD vertritt, auf ganzer Linie und mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen.

Die NPD missachtet die Grundrechte. Sie steht für eine menschenverachtende Gesinnung, die sich auf abstoßende Weise in Antisemitismus, Ausländerhass und vor allem in Diffamierungen und gewalttätigen Handlungen zeigt. Sie bereitet so auch gewalttätigen Rechtsextremisten den Nährboden. Die NPD ist aber auch eines: Sie ist eine sterbende Partei. Die Wählerzustimmung geht gegen Null; bei der letzten Bundestagswahl erzielte sie rund 1,5 Prozent der Stimmen. Von etwa 23.000 als rechtsextrem eingestuften Personen in Deutschland gehören weniger als 6.000 der NPD an.

Die Länder haben sich entschieden, die NPD mit einem Verbotsantrag gerichtlich zu bekämpfen. Dabei werden sie von der Bundesregierung unterstützt, was wir begrüßen. Da ein

einzigiger gerichtlicher Antrag ausreicht, um ein Verbot zu erreichen, konzentrieren wir uns darüber hinaus auf den politischen Kampf auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus in allen Schattierungen ist für uns eine gesellschaftliche und politische Daueraufgabe. Wir messen ihr höchste Bedeutung bei. Allein 2013 hat sich der Bundestag entschieden, erhebliche zusätzliche Mittel für die Bekämpfung des Rechtsextremismus zur Verfügung zu

stellen. Dabei war es uns besonders wichtig, dass die Erhöhung nicht auf ein Jahr beschränkt bleibt. Ab 2014 steht für die Bekämpfung des Rechtsextremismus dauerhaft mehr Geld zur Verfügung.

Bildung als Mittel der Prävention

Der Kampf gegen Rechtsextremismus gelingt nur auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Bildung kann hier einen entscheidenden Beitrag zur Prävention leisten. Junge Menschen mit einer festen Persönlichkeitsstruktur, gutem Selbstwertgefühl und klaren Überzeugungen sind weit weniger gefährdet, Extremisten auf den Leim zu gehen. Hier sind vor allem die Familien und Schulen in der Pflicht, aber auch Vereine, Verbände und Kirchen. Ihr zivilgesellschaftliches Engagement unterstützt der Bund mit verschiedenen Programmen. Aussteigerprogramme erhalten mehr Geld und somit mehr Anerkennung für ihre wichtige Arbeit. Ist aber erst einmal die Schwelle zur Kriminalität überschritten, müssen unsere Sicherheitsbehörden effektiv eingreifen. Dass sie besser zusammenwirken, ist – das hat die schreckliche Mordserie der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ gezeigt – von entscheidender Bedeutung.

Mittelstand: Rückgrat der deutschen Wirtschaft

Debatte über die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen – Verweigerung von Rot-Grün im Bundesrat kritisiert

Der Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Mit den Stimmen der christlich-liberalen Koalition verabschiedete der Bundestag am Donnerstag einen Katalog von Forderungen, wie der Mittelstand weiter gestärkt werden kann. Vor diesem Hintergrund kritisierte der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion, Christian von Stetten, dass Rot-Grün mit seiner Mehrheit im Bundesrat sinnvolle Gesetze zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen verhindert hat.

Von Stetten nannte im Einzelnen Gesetzesvorhaben zur Senkung der kalten Progression im Einkommensteuertarif, zur Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für Rechnungen und Belege oder zur energetischen Gebäudesanierung. Die Union stehe dagegen hinter den Familienunternehmen und dem Mittelstand, sagte von Stetten. Schließlich arbeiteten 71 Prozent der Erwerbstätigen und 83 Prozent der Auszubildenden in den 3,7 Millionen Familienbetrieben.

Mit Blick auf das mittelstandsfeindliche Programm der SPD zur Bundestagswahl am 22. September



Foto: picture alliance / ZB

sieht von Stetten den SPD-Kanzlerkandidaten, den ehemaligen Finanzminister Peer Steinbrück, von seiner eigenen Partei im Stich gelassen. „Die vereinigte Linke hat sich komplett durchgesetzt“, beschrieb von Stetten das Dilemma, in dem Steinbrück steckt. Die SPD-Pläne bezeichnete der CDU-Abgeordnete als „Mittelstandsgefährdungsprogramm“, da sie erhebliche Wettbewerbsnachteile für kleine und mittlere Firmen gegenüber börsennotierten Unternehmen bedeuteten. Die SPD plant, die Vermögens-

steuer wieder einzuführen und die Erbschaftsteuer zu erhöhen. Von beiden Maßnahmen wären börsenorientierte Unternehmen nicht betroffen.

Selbstständigkeit ist wieder „in“

Der CSU-Abgeordnete Ernst Hinsken betonte die Bedeutung des Mittelstandes bei der Bewältigung der Weltwirtschaftskrise: „Wir werden überall um diesen tüchtigen, starken Mittelstand beneidet.“ Es sei „wieder ‚in‘, Mittelständler zu werden und in die Selbstständigkeit zu gehen“, stellte Hinsken fest.

Die CDU-Politikerin Lena Strothmann, die zugleich auch Präsidentin der Handwerkskammer Ostwestfalen-Lippe ist, verwies auf die Familienstrukturen im Handwerk. Für eine stärkere Beteiligung des Mittelstandes an Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) warb der CDU-Abgeordnete Reinhold Sendker. Die ÖPP seien – gerade vor dem Hintergrund der Sparzwänge in öffentlichen Haushalten – ein „bewährtes Modell, um effizient und wirtschaftlich bauen zu können“, sagte Sendker. Vor allem im Bereich Bundesfernstraßenbau oder im Hoch- und Tiefbau von öffentlichen Gebäuden seien sie besonders erfolgreich.

Den Mittelstand zukunftsfest machen

Die deutsche Wirtschaft entwickelt sich trotz des schwierigen internationalen Umfeldes positiv. Industrie, Handwerk und Handel, gewerbliche Dienstleistungen und freie Berufe tragen maßgeblich dazu bei, dass Wertschöpfung und Arbeitsplätze wachsen. Kleine und mittlere Unternehmen gehören zu den innovativsten in Europa. Die Investitionen in Forschung und Entwicklung betragen aktuellen Schätzungen zufolge schon 2,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Damit ist das selbst gesteckte Drei-Prozent-Ziel fast erreicht. Den erfreulichen Entwicklungen stehen aber auch Herausforderungen gegenüber – so der demografiebedingte Fachkräftemangel oder die steigenden Kosten für die Energieversorgung. Um die Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Betriebe zu sichern, bedarf es einer ganzen Reihe von Maßnahmen. Die Koalitionsfraktionen verabschiedeten daher einen Antrag, mit dem sie eine Reihe von Forderungen aufstellen, um den Mittelstand weiter zu stärken. In diesem Zusammenhang begrüßten sie auch die Initiative des Wirtschaftsministeriums mit dem Titel „Auf den Mittelstand setzen. Verantwortung stärken – Freiräume erweitern“.

Die Initiative umfasst unter anderem Maßnahmen zur Fachkräftesicherung, zum Bürokratieabbau und zur Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). So sollen vorrangig Arbeitslose im Inland zu Fachkräften aus- oder weitergebildet und darüber hinaus ausländische Fachkräfte angeworben werden. Mittelständische Unternehmen im ländlichen Raum sollen hochleistungsfähige Breitbandanschlüsse erhalten, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur werden Mittel in Höhe von 1,75 Milliarden Euro bereitgestellt. Junge Technologieunternehmen sollen mit Wagniskapital versorgt werden und KMU höhere Bürgschaften erhalten.

„Ein Parteiverbot löst das Problem nicht“

Bundestag lehnt NPD-Verbotsantrag ab – Koalitionsantrag zum Kampf gegen Rechtsextremismus verabschiedet

Vertreter aller Fraktionen im Deutschen Bundestag haben ihre Abscheu gegenüber der NPD und dem rechts-extremistischen Gedankengut bekundet. Einen Antrag der SPD, die NPD vom Verfassungsgericht verbieten zu lassen, lehnte der Bundestag mit den Stimmen der christlich-liberalen Koalition jedoch ab. „Ein Parteiverbot löst das Extremismusproblem nicht“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Günter Krings. Die NPD müsse mit allen zur Verfügung stehenden politischen und gesellschaftlichen Mitteln bekämpft werden. Einen entsprechenden Antrag der Koalition zum Kampf gegen den Rechtsextremismus verabschiedete der Bundestag.

„Die NPD ist eine sterbende Partei“

„Die NPD ist eine verabscheuungswürdige Partei, die nie in dieses Parlament einziehen darf und die auch aus allen Landtagen verschwinden soll“, sagte Krings. Darüber seien sich die Abgeordneten aller Fraktionen einig. Meinungsunterschiede gebe es aber über die richtigen Mittel. Man könne die NPD nicht per Hoheitsakt verbie-



Bürger demonstrieren gegen Neonazis

Foto: picture alliance / dpa

ten, da brauche es mehr Engagement, unterstrich der Fraktionsvize.

Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Hans-Peter Uhl, verwies darauf, dass die NPD eine sterbende Partei sei. 99 Prozent aller Deutschen wollten mit dem Gedankengut der NPD nichts zu tun haben. Daher stelle sich die Frage: „Kann und darf der Staat eine Partei verbieten, die der Wähler mit überwältigender Mehrheit bereits ächtet?“ Diese Partei sei ohne jegliche Bedeutung für die freiheitliche Grundordnung in Deutschland. Und da der tragende Gedanke des Rechtsstaates der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sei, wer-

de es schwer für das Verfassungsgericht, die NPD zu verbieten.

Einen Verbotsantrag beim Verfassungsgericht wollen die Bundesländer gemeinsam stellen. Die Bundesregierung schließt sich diesem Antrag nicht an. Krings wies darauf hin, dass der Bundestag im Gegensatz zur Bundesregierung über keine eigenen nachrichtendienstlichen Erkenntnisse verfügt. Insofern sei es schwer, einen anderen Weg zu wählen. Ein NPD-Verbot war bereits 2003 vor dem Gericht in Karlsruhe gescheitert. Krings warnte auch vor den hohen Hürden, die der Europäische Gerichtshof (EuGH) vor einem Verbot aufbaue.

„Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen“

Anders als die Bundesländer stellen Bundesregierung und Bundestag keinen eigenen Antrag auf ein NPD-Verbot beim Bundesverfassungsgericht. Um gleichwohl zu unterstreichen, dass sie rechtsextremistische Auswüchse in Deutschland nicht dulden, verabschiedeten die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP am Donnerstag im Bundestag einen Antrag mit dem Titel „Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen“. Darin heißt es: „Für den Deutschen Bundestag ist die Bekämpfung des Rechtsextremismus eine gesellschaftliche und politische Daueraufgabe von besonders hoher Bedeutung.“ Jeder Form des Rechtsextremismus müsse man „schon im Entstehen in aller Konsequenz“ entschlossen entgegenzutreten.

Die Koalition verwies darauf, dass es auch fast siebzig Jahre nach Ende der nationalsozialistischen Unrechtsherrschaft in Deutschland Erscheinungsformen des Rechtsextremismus gibt – von der Leugnung und Verharmlosung des Holocaust, über Antisemitismus und Ausländerhass bis zur Diffamierung und Bedrohung von Einzelnen. Allein die Aufdeckung der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) habe auf drastische Weise deutlich gemacht, zu welch grausamen Taten gewaltbereite Rechtsextremisten in Deutschland fähig seien. Auch die NPD missachte die Menschenwürde, die Grundrechte und die demokratischen Grundwerte. „Ihrer Ideologie entgegenzutreten ist Pflicht aller Demokraten.“ Die Bürger hätten allerdings in den vergangenen Jahren ihre eigene Antwort gegeben, indem knapp 99 Prozent die NPD nicht gewählt hätten.

In dem Antrag sprachen sich die Koalitionsfraktionen für einen „mehrdimensionalen Handlungsansatz mit präventiven und repressiven Elementen“ aus, um den Rechtsextremismus zu bekämpfen. So setzen sie auf Bildung, um die Jugendlichen für die Gefahren zu sensibilisieren. Zivilgesellschaftliches Engagement und Aussteigerprogramme erhalten mehr Geld. Die Polizeipräsenz wird erhöht, der Verfassungsschutz gestärkt und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern intensiviert. Außerdem wird die Hilfe für die Opfer verbessert.

Auf den Lehrer kommt es an

Bundestag debattiert über Exzellenz in der Lehrerausbildung

Internationale Bildungsforscher sind sich einig: Nichts ist wichtiger für den Lernerfolg der Schulkinder als die Qualität des Unterrichts. Weder die Klassengröße noch die technische Ausstattung der Schulen noch die Schulstruktur sind annähernd so bedeutsam wie die Kompetenz der Lehrperson. Deshalb kommt der Lehrerausbildung entscheidende Bedeutung zu. Über einen Antrag der Koalitionsfraktionen zur Exzellenz in der Lehrerausbildung debattierte am Freitag der Bundestag.



© Robert Kneschke - Fotolia.com

Um die Lehrerausbildung zu verbessern, trafen Bund und Länder am 12. April eine Vereinbarung. Danach unterstützt der Bund die Länder und Hochschulen ab 2014 über zehn Jahre mit bis zu 500 Millionen Euro dabei, innovative Konzepte für das Lehramtsstudium in Deutschland zu entwickeln, um dessen Qualität weiter zu verbessern. Im Gegenzug haben sich die Länder verpflichtet, die Studien- und Prüfungsleistungen im Lehramt gegenseitig anzuerkennen. Damit

können die Lehrkräfte nun uneingeschränkt im gesamten Bundesgebiet unterrichten, egal in welchem Land sie ausgebildet wurden.

Viele Lehrer kurz vor der Pension

Die Initiative zur Exzellenz in der Lehrerausbildung war unabdingbar. Denn die Lehrerschaft in Deutschland gehört zu den ältesten in Europa. Viele Lehrer werden in den nächsten Jahren

aus dem Schuldienst ausscheiden. Daher muss die Politik dafür sorgen, dass geeignete Lehramtskandidaten ausgewählt und optimal auf den Lehrerberuf vorbereitet werden. Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP hatten darum schon im vergangenen Jahr die Bundesregierung aufgefordert, gemeinsam mit den Bundesländern einen Qualitätswettbewerb für die Lehrerbildung auf den Weg zu bringen.

Verdichtung der Innenstädte wird erleichtert

Novelle auf Initiative der CDU/CSU – Vorrang vor Zersiedelung des Umlandes

CDU und CSU setzen sich für eine nachhaltige Entwicklung von Städten und Gemeinden ein. Auf ihre Initiative hin verabschiedete der Bundestag am Donnerstag Gesetzesänderungen, die der Innenentwicklung von Städten künftig den Vorrang vor der Zersiedelung des Umlandes geben. Bei den vorausgegangenen Verhandlungen gelang es, über die entsprechenden Veränderungen im Baugesetzbuch und in der Baunutzungsverordnung eine Verständigung mit dem Koalitionspartner FDP und auch mit der SPD herbeizuführen. Damit werden konkrete Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Kommunen den demografischen und strukturellen Wan-

del gut bewältigen und dabei die richtigen Akzente setzen können.

Die städtebauliche Entwicklung soll nun vorrangig durch eine Verdichtung der Stadtkerne vorangetrieben werden. Daher wird es den Kommunen erleichtert, diese Verdichtung in der Bebauung einzuplanen. Sie können außerdem wieder rechtssicher Erschließungsverträge mit eigenen kommunalen Unternehmen abschließen. Um eine Zersiedelung des Umlandes zu vermeiden, muss die Bebauung von Wiesen, Ackerland oder Waldflächen künftig stichhaltig begründet werden. Kindertagesstätten in reinen Wohngebieten sind künftig in angemessener Größe gene-

rell zulässig. Schrottimmobilien können durch die Kommunen leichter rückgebaut werden. Dabei bekommen die Kommunen auch die Möglichkeit, Eigentümer in begrenztem Umfang finanziell am Abriss zu beteiligen.

Neuerungen gibt es auch für gewerbliche Tierhaltungsanlagen. Kommunen erhalten nun mehr Steuermöglichkeiten, was deren Ansiedlung angeht. Ab einer bestimmten Stallgröße für Schweine, Geflügel oder Rinder benötigen die gewerblichen Tierhaltungsanlagen im Umland die Zustimmung der Gemeinde. Landwirtschaftliche Betriebe sind davon nicht betroffen.

Debatte um Steuerhinterziehung ist „Schmutzkampagne“ Aktuelle Stunde anlässlich des Falls Hoeneß

Die CDU/CSU-Fraktion hat Unterstellungen der Opposition nachdrücklich zurückgewiesen, sie betreibe den Kampf gegen Steuerhinterziehung nicht entschlossen genug. In einer Aktuellen Stunde des Bundestages anlässlich der Steueraffäre um FC-Bayern-Präsident Uli Hoeneß am Mittwoch warf Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble der Opposition vor, sie nehme einen „beklagenswerten Einzelfall“, um eine politische Debatte vom Zaun zu brechen. Der CSU-Abgeordnete Hans Michelbach sprach von einer „schäbigen Schmutzkampagne aus wahltaktischen Gründen“.

Hoeneß hatte sich im Januar bei den Steuerbehörden selbst angezeigt, weil er offenbar un versteuertes Geld in der Schweiz hatte. Die Opposition

hatte dies zum Anlass genommen, das von der Regierung ausgehandelte und vom Bundesrat blockierte Steuerabkommen mit der Schweiz als Freibrief für Steuersünder zu geißeln. Schäuble und weitere Abgeordnete der Unionsfraktion wiesen diesen Vorwurf zurück, da das Abkommen dem deutschen Fiskus zehn Milliarden an pauschalen Steuernachzahlungen in die Kassen gespült hätte.

Blockade des Steuerabkommens ist falsch

„Die Blockade des Steuerabkommens mit der Schweiz ist falsch“, bekräftigte Michelbach. Das Abkommen, das am 1. Januar hätte in Kraft treten sollen, wäre eine befriedigende Regelung ge-

wesen, sagte Schäuble. Auch der umstrittene Ankauf von Steuerdaten-CDs, der nach rechtlicher Güterabwägung vertretbar sei, wäre damit überflüssig geworden. Der CDU-Abgeordnete Manfred Kolbe warf der Opposition vor, während ihrer Regierungszeit milde mit Steuerhinterziehern umgegangen zu sein. Erst nachdem Angela Merkel die Regierung übernommen habe, sei „das Leben für Steuerhinterzieher härter geworden“.

Schäuble bekräftigte das grundsätzliche Ziel, mit allen Staaten innerhalb und außerhalb der EU einen automatischen Informationsaustausch zu vereinbaren. Dies sei aber ein mühsamer Weg: „Wir gehen ihn Schritt für Schritt konsequent.“

Weitere Hilfen für contergangeschädigte Menschen Bundestag beschließt Aufstockung rückwirkend zum 1. Januar

Opfer des Contergan-Skandals erhalten jährlich 120 Millionen Euro zusätzlich an Hilfen. Für ein entsprechendes Gesetz, das rückwirkend zum 1. Januar gelten soll, stimmten am Donnerstag die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Die Betroffenen benötigen das Geld dringend, da sie mit zunehmendem Alter mehr und mehr an Folge- und Spätschäden leiden.

90 Millionen Euro aus der bewilligten Summe fließen in die Erhöhung der Renten für Contergan-Opfer. Sie stufen sich nach dem Schweregrad der Behinderung. Die Renten der am schwersten geschädigten Opfer werden von monatlich 1.152 Euro auf 6.912 Euro erhöht. Die Betroffenen können je nach Bedarf selbst entscheiden, für welche Leistungen sie das Geld in Anspruch nehmen wollen – sei es für den behindertengerechten Umbau ihres Autos, sei es für Hilfen im Alltag. Lästige Anträge bei den verschiedenen Sozialkassen sind dafür nicht nötig.

Bis zu 30 Millionen Euro jährlich fließen in einen Sonderfonds, aus dem Rehabilitationsleitungen, Heil- und Hilfsmittel, aber auch zahnärztliche und kieferchirurgische Behandlungen bezahlt werden – sofern diese Kosten nicht ohnehin von der Kranken- oder Pflegekasse oder anderen Kostenträgern übernommen werden. Für diese Leistungen müssen Anträge gestellt und Nachweise erbracht werden.

Erheblich belastet

Über diese finanziellen Verbesserungen hinaus wird im Gesetz geregelt, dass unterhaltspflichtige Angehörige, die Sozialhilfe beziehen, nicht vom Träger der Sozialhilfe zur Kasse gebeten werden können. Denn Eltern, Kinder und Ehepartner von contergangeschädigten Menschen sind durch die mit der Behinderung verbundenen Anforderungen ohnehin erheblich belastet. Auch wird sichergestellt, dass das Einkommen und Vermögen

sowohl der Betroffenen selbst als auch das ihrer Kinder und Ehepartner bei anderen Leistungen der Sozialhilfe – z.B. Hilfen zur Gesundheit und zur Pflege oder Eingliederungshilfe – nicht herangezogen wird. Der Bundestag beschloss auch, alle zwei Jahre zu überprüfen, ob die Hilfen ausreichen.



Foto: Frank Leonhardt dpa/lby

Für eine gerechte und friedliche Welt

Sibylle Pfeiffer über die Ziele der deutschen Entwicklungspolitik



Foto: Laurence Chaperon

Sibylle Pfeiffer

Entwicklungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Armut, Hunger und Bevölkerungswachstum, Migration, Staatszerfall und Klimawandel – das sind zentrale entwicklungspolitische Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Am Freitag debattierte der Bundestag den entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung. „Fraktion direkt“ sprach mit der entwicklungspolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, Sibylle Pfeiffer.

Frau Pfeiffer, Deutschland ist in absoluten Zahlen drittgrößter Geldgeber für Entwicklungspolitik, gleich nach den USA und Großbritannien. Trotzdem sind wir noch ein Stück weit von dem Ziel entfernt, die Entwicklungsausgaben auf 0,7 Prozent des Volkseinkommens anzuheben.

Pfeiffer: Keine Bundesregierung hat bisher das 0,7-Prozent-Ziel erreicht. Wir haben den Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unter unserer Regierungsverantwortung allerdings erheblich gesteigert, von unter 3,8 Milliarden Euro 2005 auf über 6,2 Milliarden Euro 2013. Das kann sich – vor allem in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Schuldenbremse des

Grundgesetzes – sehen lassen. Dabei ist Entwicklungspolitik kein Selbstzweck: Deutschland will zu einer gerechteren und friedlicheren Welt beitragen. Dies nützt auch uns selbst. Denn die Probleme auf der einen Seite der Welt wirken sich gleich auf die andere aus, egal ob beim Klima, dem Finanzsystem oder dem Handel.

Eine wichtige Reform in dieser Legislaturperiode war die Zusammenlegung der staatlichen Entwicklungsorganisationen GTZ, DED und InWEnt zur Gesellschaft für Internationale

Zusammenarbeit (GIZ). Was hat das gebracht?

Pfeiffer: Wir haben jetzt eine der weltweit schlagkräftigsten Durchführungsorganisationen für die Entwicklungszusammenarbeit. Allein die Erhöhung der Effizienz ist schon ein großer Erfolg, für den die Unionsfraktion lange gekämpft hat. Auch die Fusion der Vorfeldorganisationen war wichtig: So sind wir in der Lage, viel schneller und besser auf internationale Entwicklungen zu reagieren als bisher.

Entwicklungspolitik ist immer auch an ethische Überzeugungen geknüpft. Welche Werte verfolgt die Unionsfraktion?

Pfeiffer: Es ist selbstverständlich, dass wir unsere Werte vertreten, wenn wir uns nicht verleugnen wollen. Wir handeln aus einem von christlichem Verständnis abgeleiteten Menschenbild und aus Solidarität mit Menschen in Armut und Not. Wir wollen die Schöpfung bewahren. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und Menschenrechte bilden nach unserer Überzeugung die Grundlagen für Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und Frieden.

Auf welche Schlüsselsektoren konzentriert sich die deutsche Entwicklungspolitik?

Pfeiffer: Die Entwicklungszusammenarbeit hat sich seit 2005 stark verändert: Sie konzentriert sich auf weniger Länder und dort auf weniger Sektoren. Wir teilen uns die Arbeit mit anderen Gebern, und wir arbeiten viel enger mit Regierungen, der Zivilgesellschaft und der privaten Wirtschaft in den Zielländern zusammen. Auch die „Millenniumserklärung“ aus dem Jahre 2000, mit der sich die Vereinten Nationen die Bekämpfung von Hunger und Armut auf ihre Fahnen schrieben, war prägend. Wir wollen Armut bekämpfen, Frieden sichern und Demokratie verwirklichen; wir wollen Globalisierung gerecht gestalten und die Umwelt schützen.

Ein Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit ist die gezielte Förderung von Frauen und Mädchen. Was versprechen Sie sich davon?

Pfeiffer: Die Auswirkungen des Bevölkerungswachstums stellt die Entwicklungszusammenarbeit vor große Herausforderungen: Viele Probleme wie Klimawandel, Nahrungsmittelknappheit oder Energiemangel verschärfen sich bei steigenden Bevölkerungszahlen. Eine mögliche Antwort auf diese Herausforderungen ist die Stärkung der Frauen und Mädchen in den Partnerländern. Wenn wir ihre Gesundheit fördern, sie in der Familienplanung unterstützen, ihnen Zugang zu Finanzdienstleistungen verschaffen und sie rechtlich sowie gesellschaftlich aufwerten, können wir dazu beitragen, das Bevölkerungswachstum zu entschleunigen. Darüber hinaus gilt für mich die moralische Verpflichtung: Auch Frauenrechte sind Menschenrechte.

„Es kommt auf den Inhalt an“

Soiree der CDU/CSU-Fraktion über die Zukunft des gedruckten Buches – Politik muss Rahmenbedingungen schaffen

Rund 500 Jahre nach der Erfindung der Druckerpresse befindet sich die Welt des Buches wieder in einer Phase der Umwälzung. E-Books, Hörbücher und Internet-Foren verdrängen zunehmend das gedruckte Buch. „Das Gedruckte – nur noch etwas für Nostalgiker?“, fragte sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion daher und lud Schriftsteller, Verleger und Händler zu einer Podiumsdiskussion über die Zukunft des Buches im digitalen Zeitalter ein. Ja und Nein, lautete die Antwort. Das Buch mit seinen physischen und sinnlichen Aspekten werde nicht verschwinden, zeigten sich die Teilnehmer der Soiree am Mittwoch überzeugt. Die neuen Möglichkeiten der digitalen Welt müssten gleichwohl genutzt werden. Damit beides nebeneinander bestehen könne, müsse die Politik die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, forderten sie.

Buchpreisbindung auch für E-Books

Nach den Worten des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder ist in unserer Gesellschaft Platz für beides, das „Hardcover“-Buch und sein elektronisches Pendant: „Es kommt entscheidend auf den Inhalt an.“ Ein E-Book sei lediglich ein Buch in einer anderen Form. Entscheidend sei, dass das literarische Schaffen weiter unbedingt geschützt werde. Insofern müsse die Buchpreisbindung auch für die „Weiterentwicklung“ des gedruckten Buches gelten. Kauder zeigte sich auch bereit, darüber nachzudenken, ob nicht auch E-Books und Hörbücher in den Genuss des reduzierten Mehrwertsteuersatzes kommen können. Denn: „Buch ist Buch, egal in welcher Form es verbreitet wird.“

Auch die Schriftstellerin Julia Franck sieht Literatur unabhängig vom Medium, das sie übermittelt. „Literatur entsteht erst im Kopf des Lesers“, sagte sie. Sie forderte auch für die Zukunft eine Unterstützung der Literatur von Seiten der Politik, damit

Schriftsteller nicht erst Marketing-Experten werden müssten, um überleben zu können. Dabei helfe eine Stärkung des Urheberrechts sowie die Buchpreisbindung. Sie brach auch eine Lanze für die Verlage, die Autoren betreuten, und die Buchhändler, die eine Vermittlerrolle zwischen Autor und Leser übernahmen. Damit europäische Verlage gegen weltweit agierende Internet-Buchhändler bestehen könnten, sollten sie sich zu einer E-Book-Handelsunion zusammenschließen, regte sie an.

„Ein Buch ist nicht Schuhcreme“

In den Augen des Wissenschaftsjournalisten und Gründers der E-Book-Plattform epedio, Ranga Yogeshwar, ist das Tempo der Umwälzungen auf dem Markt atemberaubend. Das Buch sei aber nicht nur ein marktwirtschaftliches Produkt, sondern ein Kulturgut. „Ein Buch ist nicht Schuhcreme“, betonte er und schloss daran seine Forderung an die Politik an, Bücher, Verlage und Buchhandlungen zu schützen.

„Verlag ist Heimat“, sagte der Schriftsteller und Spiegel-Autor Dirk Kurbjuweit. Er wolle die Lektoren, denen er vertraue, nicht missen. Mit Erschrecken beobachte er auf seinen Lesereisen das Sterben kleiner Buchhandlungen, die eigentlich soziale Orte seien und in denen kompetente Verkäufer die Leser berieten. Internet-Logistiker könnten diese nicht ersetzen. Der Vorsteher des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, Gottfried Honnefelder, schätzte die wirtschaftliche Lage der Buchhandlungen allerdings weniger schlecht ein.

Vorsichtig optimistisch im Hinblick auf das Überleben kleiner Buchhandlungen zeigte sich die Geschäftsführerin des Kulturkaufhauses Dussman, Julia Claren. Es müssten nur die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt werden, damit die Wertschöpfungskette vom Buch über den Verlag zum Händler erhalten bleibe. Auch der Verleger Helge Malchow von Kiepenheuer und Witsch warnte vor einer „kulturpessimistischen Attitüde“. Während die „alten Holzmedien“ für die Belletristik unverzichtbar seien, könnten die neuen digitalen Medien etwa für Ratgeber zum Einsatz kommen, die ohnehin schnell veralteten.



Foto: Tobias Koch

Schriftstellerin Julia Franck bei der Buchsoiree

„Schnell, günstig und direkt“

Über die Kommunikation mit den Bürgern im Netz – Peter Tauber stellt Leitfaden vor

Wie finden Abgeordnete und Bürger zueinander? Neben den klassischen Instrumenten der Bürgerkommunikation von Podiumsdiskussionen über Informationsveranstaltungen bis zu Broschüren gewinnt das Internet eine immer größere Bedeutung. Auf dem letzten einer Reihe von Social-Media-Workshops für die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion stellte der Netzexperte Peter Tauber seinen Leitfa-

den für den Umgang mit Facebook, Twitter und Co. vor. Das Fazit der Veranstaltungsreihe, die von der Verbraucherbeauftragten Mechthild Heil und Tauber ins Leben gerufen worden war, lautete: Um diese Plattformen kommt kein Politiker mehr herum.

In den sozialen Medien werden Themen gesetzt, hier wird in Echtzeit debattiert. Zwar sind die Netzwerke kein Ersatz für Pressemitteilung, Brief



oder Fax, sie sollten aber nach Auffassung der Experten die Kommunikationsstrategie ergänzen. Tauber hebt in seinem Leitfaden hervor, dass die Abgeordneten ihre Botschaften online „schnell, günstig und vor allem direkt an den Wähler“ bringen können. Gleichzeitig hebt er hervor, dass das Werkzeug alleine nicht zum Erfolg führt. Was zählt ist das Engagement des Politikers und seine Ideen.

Adrian Rosenthal, Experte für digitale Medien, erklärte in der Abschlussveranstaltung noch einmal, worauf es bei der Präsentation im Internet ankommt: Entweder man macht es richtig oder man lässt es bleiben. Ein Politiker, der einsam vor einer Wand stehe und seine Botschaft monoton in eine Kamera diktiere, bekomme eher Mitleid als Klicks. Außerdem

warnte Rosenthal: Das Internet vergisst nicht. Auch gelöschte Tweets von Abgeordneten seien in Archiven immer noch zu finden.

In Taubers Leitfaden lautet eine der goldenen Regeln für den Umgang mit den sozialen Netzwerken deshalb: „Poste immer nüchtern!“ Weitere Tipps von „Sei authentisch!“ bis „Sprich in Bildern!“ finden Sie unter: <http://cducusu.cc/10Czq3I>

Die Fraktion informiert

Neue Faltblätter der Unionsfraktion

Bilanz zur Wachstumspolitik und zur Stärkung des Ehrenamtes

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat zwei neue Faltblätter veröffentlicht. Unter dem Titel „Wachstumsmotor Deutschland“ wird die Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik der Fraktion in dieser Legislaturperiode dargestellt. Das Faltblatt „Bürger für Bürger“ informiert über das neue Gesetz zur Förderung des Ehrenamtes.

Wachstumsmotor Deutschland

Deutschland ist die Wachstumsmotiv Europas. Seit 2009 ist die deutsche Wirtschaftsleistung um rund acht Prozent gewachsen. 2012 wurde mit knapp 42 Millionen Erwerbstätigen ein Beschäftigungskorrekturen erreicht. Gleichzeitig ist die Zahl

der Arbeitslosen mit 2,9 Millionen auf den tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung gefallen. Wie die Unionsfraktion dafür die Weichen gestellt hat, erläutert das Faltblatt „Wachstumsmotor Deutschland“. Die Menschen und Unternehmen wurden deutlich bei Steuern und Abgaben entlastet. Mit der Einführung von Branchen-Mindestlöhnen wurden bereits vier Millionen Menschen vor einer Lohnspirale nach unten geschützt.

Bürger für Bürger

Das Faltblatt „Bürger für Bürger“ listet die wichtigsten Fragen und Antworten zur Förderung des Ehrenamtes

auf. Das auf Initiative der Unionsfraktion eingebrachte Gesetz entlastet ehrenamtlich Tätige in Euro und Cent und gibt steuerbegünstigten Organisationen wie Vereinen oder Stiftungen ein hohes Maß an Rechts- und Planungssicherheit. So dürfen die Übungsleiter Pauschalen bis zu 2.400 Euro jährlich erhalten, ohne dafür Steuern zahlen zu müssen. Bislang lag die Grenze bei 2.100 Euro. Auch die Ehrenamtszuschale wird von 500 Euro auf 720 Euro jährlich angehoben.

Die Publikationen können unter fraktion@cducusu.de kostenlos bestellt werden und stehen unter www.cducusu.de/publikationen zum Download bereit.

Neue Jobs in Sicht

Konjunktur nimmt Fahrt auf

Nach einer Wachstumsdelle im vergangenen Winterhalbjahr nimmt die Konjunktur in Deutschland wieder Fahrt auf. Das ist das zentrale Ergebnis der Frühjahrsbefragung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) unter rund 3.000 Unternehmen.

Die Befragungsergebnisse untermauern die IW-Konjunkturprognose, nach der die deutsche Wirtschaft 2013 im Jahresdurchschnitt um 0,75 Prozent und 2014 um gut 1,5 Prozent wächst. Der Frühjahrsbefragung des Instituts zufolge beurteilen die Firmen in Deutschland ihre aktuelle Lage etwas besser als noch im Herbst 2012.

Auch der Blick nach vorn lässt hoffen: Knapp 37 Prozent der Unternehmen gehen für das Jahr 2013 von einer steigenden Produktion aus – nur 18 Prozent erwarten einen geringeren Output. Dabei sind die ostdeutschen Betriebe zuversichtlicher als die westdeutschen. Beim Auslandsgeschäft stehen dagegen die westdeutschen Unternehmen besser da. Insgesamt haben sich die Exportperspektiven der deutschen Wirtschaft gegenüber dem Herbst 2012 deutlich verbessert – inzwischen rechnen 28 Prozent für den weiteren Jahresverlauf mit steigenden Ausfuhren.

Der anspringende Konjunkturmotor sorgt laut IW-Frühjahrsbefragung auch für neue Jobs: 29 Prozent der Unternehmen planen, in diesem Jahr zusätzliche Mitarbeiter einzustellen – nur 19 Prozent gehen von einem Personalabbau aus. Unterm Strich entstehen insgesamt rund 270.000 neue Jobs in den Jahren 2013 und 2014.



Zeichnung: Sakurai

Zum Welttag des Buches

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.veranstaltungen.cducusu.de

- | | |
|----------------|--|
| 30. April 2013 | Gemeinsamer Kongress mit dem Parlamentsklub der ÖVP zu Christenverfolgung, Veranstaltungsort: Salzburg |
| 30. April 2013 | Energiepolitischer Dialog zur Zukunft des EEG |
| 15. Mai 2013 | Fachgespräch Familienpolitik, SGB II und Eingliederungshilfe |
| 10. Juni 2013 | Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag des 17. Juni 1953 |
| 11. Juni 2013 | Sommerfest der CDU/CSU-Fraktion im Zollpackhof |

Jeder Zweite hat ein Auto

Deutschland EU-weit auf Rang neun

Wiesbaden – Die viel zitierte „Automation Deutschland“ lag Ende 2010 mit 517 Pkw je 1.000 Einwohner nur auf Rang neun von 27 EU-Ländern. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, war Luxemburg mit 659 Autos je 1.000 Einwohner Spitzenreiter im europäischen Vergleich. Höhere Motori-

sierungsquoten als Deutschland hatten beispielsweise auch Italien (606), die Inselstaaten Zypern (575) und Malta (573) sowie Österreich (528). Die durchschnittliche Pkw-Ausstattung lag in der EU bei 477 Fahrzeugen je 1.000 Einwohner.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt